

Der Halle monatlich bei zweimonatlicher Aufstellung 2.00 Mark, vierteljährlich 5.00 Mark, durch die Post 5.50 Mark auswärts. Aufstellungsbefehle, Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen. Im am 10. Zeitungsvorabend unter Coule-Zeitung eintragen. Für an-erlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. Coule-Zeitung ge-lassen. Ferner der Schriftleitung Nr. 1143, der Anzeigen-Red. Nr. 1142 u. 1418, der Druck-Red. Nr. 1133 Postfach-Ronko Leipzig Nr. 4604.

# Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

werden 8. Spalten, 34 mm Bre. Milli-sterzeile oder deren Raum mit 25 J. bez. Zahl u. in unferen An-zeigenstellen u. allen Anzeigen-stellen angenommen. Reflektoren 22 mm Bre. Millimeterzeile 75 J. Anzeigen-Annahme (Schl.) vom 11 Uhr für die Sonntags-Nr. 003, 6 Uhr. Abbestellen, soweit zu-lässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erchein-ungsd. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-lich. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Brunnstraße 10. Dr. Braun-hausstr. 17. Neben-Geschäftsstell. 1. Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 582.

Halle, Freitag, den 12. Dezember 1919.

Einzelpreis 15 Pfg.

## Das Urteil im Kilian-Prozess.

### Drei Jahre Gefängnis für Kilian.

Halle, 12. Dez. Die Verhandlung gegen den Schriftleiter und Stadtrat Otto Kilian fand heute mit der Verkündung des Urteils ihren Abschluß. Der Angeklagte wurde wegen Mötigung, Bildung bewaffneter Haufen, Freiheitsberaubung und Anreizung zum Klassenhaß zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. 8 Monate werden auf die erstliche Untersuchungshaft angerechnet. Der Antrag auf Haftentlassung wird abgelehnt, da der Angeklagte bei der Höhe der Strafe nach wie vor fluchtverdächtig erscheint.

Wegen der Vorfälle am 7. und 8. Januar erkannte das Gericht auf 8 Monate Gefängnis. Wegen der Bildung bewaffneter Haufen, bei der das Gericht eine fortgesetzte Handlung annahm, wurde auf eine Strafe von 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis erkannt. Auch wegen Freiheitsberaubung mußte der Angeklagte bestraft werden, und zwar erhielt er wegen des falles Fortung 6 Monate, wegen des falles Ränger 2 Monate Gefängnis. Einschließlich der ferner zu erfolgenden Verurteilung wegen Anreizung zum Klassenhaß zog das Gericht die Gesamtsstrafe auf 3 Jahre Gefängnis zusammen. Auf die von Landgerichtsdirektor Reckhand gegebene auf 1 1/2 stündige Urteilsbesprechung kommen wir in der Morgen-Ausgabe näher zurück.

### Die deutsche Antwortnote unterwegs.

Berlin, 12. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) Die deutsche Antwortnote, deren Inhalt gestern im Reichstagsrat festgestellt worden ist, ist bereits nach Paris abgegangen. Von unterirdischer Seite wird uns über ihren Inhalt mitgeteilt. Die Note beweist erneut unseren Willen, zum Friedensschluß zu gelangen, indem sie den Forderungen der Entente entgegenkommt. Die in der Entente enthaltene Forderung, daß nach der Unterzeichnung des Schlußprotokolls ausschließlich die Bedingungen des Friedensvertrages und die allgemeinen Regeln des Völkerrechts maßgebend sein werden, wird besonders aufgenommen, wie überhaupt Formulierungen gefunden worden sind, die namentlich die Befestigung der bestehenden Hindernisse für die Unterzeichnung erwarten lassen. Im Auswärtigen Amt wird heute eine Beratung abgehalten, in der der geistliche über die Zusammenfassung der nach Paris zu entsendenden Kommission entschieden werden wird. Die Kommission selbst wird, wie berichtet, wahrscheinlich dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Herrn v. Hankele beauftragt werden, und es sollen die u. a. als Sachverständige in der Angelegenheit der Auslieferung von Baggern und Docks die Herren Nawakhi vom Bremer Vulkan, Hafenbau-Direktor Wendemuth aus Hamburg und als Vertreter der Arbeiter Paul Müller vom Seemannsbund angehen.

Von gut informierter Berliner Seite erfahren wir ferner noch, daß die deutsche Regierung bereit ist, das Protokoll zu unterzeichnen, falls die Verhandlungen mit der Entente die von Deutschland gewünschten Voraussetzungen ergeben. Das Klänge bei einer loyalen Haltung der Entente in spätestens 10 Tagen geschehen.

### Völliges Einvernehmen zwischen Lloyd Georges und Clemenceaus.

Paris, 12. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) Laut „Agence Havas“ haben Clemenceau und Lloyd George: sich geeinigt, daß zwischen ihnen völliges Einvernehmen über die Zusammenfassung des Friedensvertrages herrsche. Sie wollten auch andere, französisch und englisch-interessierende Fragen, über die sie zu einem vollen Verständnis über Ergebnis gelangen. Ferner werden die beiden Herren von allgemeinem Interesse für Frankreich, England und Italien darüber u. an deren Behauptungen auch der gegenwärtig in London weilende italienische Minister des Aeußeren teilnehmen wird.

### Die ausgelieferte deutsche Tonnage.

WVB, London, 11. Dez. Auf eine Anfrage im Unterhaus erklärte der Unterstaatssekretär der Handelsmarine, daß bis zum 7. Dezember 355 deutsche Handelsschiffe mit einem Raumbesatz von 1 788 918 Tonnage in die Alliierten ausgeliefert worden seien. Von diesen Schiffen gelangten 280 Raubzüge von 1 200 000 Tonnage Raumbesatz in englische Besitz.

### Der englische Heeresetat.

Berlin, 12. Dezember. (Eigene Drahtnachricht.) Aus London wird gemeldet: Der englische Heeresetat löst ein

Befehlshaber am Rhein in der Stärke von 403 000 Mann vor. Diese Zahl soll bis Ende März 1920 auf 325 000 Mann verringert werden. Die Unterhaltungskosten der Befehlshabersarmee sind auf 153 Millionen Pfund Sterling für einen Heeres-Gesamtetat von 400 Millionen Pfund Sterling veranschlagt.

### Der britische Geheimdienst.

London, 12. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) Die britische Regierung hat ihre Forderung für den Geheimdienst von 100 000 auf 200 000 Pfund Sterling erhöht.

### Die amerikanischen Industriellen und der deutsche Handel.

New York, 12. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) Wie die „Chicago Tribune“ berichtet, hat die amerikanische Regierung an die führenden zwölf industriellen Unternehmungen ein Zirkular gerichtet, in dem sie anfrägt, ob sie die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs mit Deutschland für wünschenswert halten. Sämtliche Firmen bejahten die Frage einerseits im amerikanischen Interesse, andererseits, um Deutschland in die Lage zu versetzen, seine Kriegsschulden zu bezahlen. Auch moralische Gründe wurden angeführt.

### Das amerikanische Großkapital verläßt Deutschland.

Wien, 11. Dezember. Das „Neue Wiener-Wort“ meldet: Die Amerikaner ziehen sich nicht nur aus Paris, sondern aus ganz Europa, namentlich in Deutschland, vollständig zurück. Die Vertreter Amerikas in Budapest, hat bereits seine Abberufung in Händen und wird sehr bald abreisen. Auch die Wiener amerikanische Mission wird ihre Tätigkeit in den nächsten Tagen abbrechen und Europa verlassen.

### Japanische Flottenrüstungen.

Tokio, 11. Dezember. Das japanische Parlament hat die Rüstungsvorlage für Neubauten der Flotte in Höhe von nahezu einer Milliarde Dollars ohne Debatte angenommen. Es werden innerhalb sieben Jahren vier Dreadnoughts von je 42 000 Tonnen, 6 Panzerkreuzer, 22 kleine Kreuzer, 34 Torpedos, 74 U-Boote und 38 Spezialschiffe gebaut werden.

### d'Annunzios Freiwillige.

Paris, 12. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) Der Generalsekretär des „Aktion Parisien“ wird unter allem Vorbehalt, d'Annunzios Freiwillige hätten am 6. Dez. die Worte der französischen Dreimächte in Flüme ge- publiziert. Bei dem Kampfe mit der französischen Gen- darmerie habe es Tote und Verwundete gegeben.

### Das Loch im Westen.

Berlin, 12. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Von gut informierter Seite erfahren wir, daß die Entente der deutschen Regierung eine Neuordnung der Frage der Befestigung des Westens vorgeschlagen hat. Danach werden die Alliierten sich an der Kontrolle der Ein- und Ausfuhr im besetzten Gebiet beteiligen.

### Tirol und der Anschluß an Deutschland.

Innsbruck, 11. Dezember. In der heutigen Sitzung des Tiroler Landtages wurde ein Antrag eingebracht, der Tiroler Landtag wolle beschließen, den Landtag und die Landesregierung zu beauftragen, zur Rettung des Landes vor dem einschlägigen Zusammenbruch sofort mit der Staatsregierung in Wien Verhandlungen einzuleiten, damit diese kein Dörfen-Rat in Paris erwirke, daß Tirol mit dem Deutschen Reich zu einem gemeinsamen Wirtschaftsbündnis bietet zusammengeschlossen werde. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

### Staatskanzler Renner in Paris.

WVB, Paris, 11. Dezember. Staatskanzler Dr. Renner ist mit seiner Begleitung heute mit dem Orient-Express in Paris eingetroffen. Gleich bei seiner Ankunft schiederte er einem Vertreter des „Temps“ die Notlage des Deutsch-Österreichs und Wiens im besonderen. Die kleine deutsch-österreichische Republik verlange nur die Möglichkeit zu leben. Auch im Grenz die Grenze nicht überschritten werden, weil dahinter der Tod liege. Sollte ein ganzes Volk buchstäblich zugrunde gehen? wir wollen keine Kettler sein. Wir wollen unsere Fähigkeit zur Arbeit wieder gewinnen, wir wollen wieder aufbauen, solange es noch etwas wieder aufzubauen gibt. In seinem letzten Brief forderte der „Temps“ den endgültigen Durchbruch zu finden.

### WVB, Paris, 11. Dez. (Havas.) Staatskanzler Dr. Renner hatte am Donnerstag nachmittag dem Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dutasta, einen Besuch ab und gab ihm einen längeren Bericht über die politischen Schwierigkeiten und die wirtschaftliche Not Österreichs.

### Gegen die Spielfeuche.

Ein deutsches Reichsgesetz. -or. Berlin, 12. Dezember.

In diesen Tagen wird der Nationalversammlung der neue Entwurf eines Gesetzes gegen das Glücksspiel vorgestellt, und man muß sagen, der Reichsjustizminister Schiffer geht hier aufs ganze. Unter Milderung der Bestimmungen des alten Strafgesetzbuches soll strafbar werden nicht nur der Veranstalter des Glücksspiels, auch wenn er sich unter dem Mantel eines Klubs, eines Vereins, einer „Festung“, irgendeiner geschlossenen Gesellschaft verbirgt, sondern auch jeder Spieler! Die Strafen sind schärfer als die des Strafgesetzbuchs und schärfer als die des Postdenkspielgesetzes vom 14. September, der bekanntlich durch die Aufhebung des Belagerungszustandes für Groß-Berlin hinläufig geworden ist und schon deshalb möglichst bald aus Gründen stetiger Rechtspflege durch ein Reichsgesetz ersetzt werden müßte. Beirrat sollen werden die Spieler bis zu sechs Monaten Gefängnis, die Unter-nehmer bis zu zwei Jahren, gewerbs-mäßige bis zu fünf Jahren. Daneben sind Geldstrafen von 100 000—200 000 Mark vorgesehen, was nicht zu hoch erscheint, wenn man bedenkt, daß z. B. in Berlin kein Klubunternehmer unter 150 000 Mark Jahreserwerbungen hat.

Etwas drastischer muten die Nebenstrafen an. Auf sie scheint es aber den Verfassern des Entwurfs besonders anzugelenken: Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, Zulässigkeit von Polizeigewalt, Unterbringung im Arbeitshaus (!), Urteilsveröffentlichung, und bei Ausländern die Verweisung aus dem Reichsgebiet. Von diesen Nebenstrafen dürfte wohl die Veröffentlichung und das Arbeitshaus doch zu weit gegangen sein. Derlei Minister, der für die Lösung der Strafen aus dem Strafregister eintritt, damit die Strafe dem Beiraten nicht als dauerndes Schandmal anhängt, stellt hier einen neuen Brauer auf. Und was das Arbeitshaus an ausländischen Unternehmern und Spielkuppeln besser soll, läßt sich schwer vorstellen. Hier ist der Vogen überbaupt. Man tämelt Leute, die vielleicht bei irgendeiner anderen Tätigkeit durch ihren Organisationsgeist und ihre Erwerbslust nützlich werden, ganz unnötig für ihr weiteres Leben zu Verbüßern. Das Spiel ist ein Vaster und eine Volksgeschichte geworden. Man muß es bekämpfen. Aber man soll nicht über die Notwendigkeit hinaus Arbeitshäuser und Verberberalums füllen. Daß geschlecht etwas geschlechtlich muß, darüber besteht in allen zivilisierten Kreisen jezt kein Zweifel mehr. Wenn die berufenen Stellen es bisher unterließen, zu der ganzen Angelegenheit unangenehme Stellung zu nehmen, so kommt dies wohl davon, daß ein Teil der Beamten, der Rechts- und Staatsanwälte — und zwar wahrlich nicht der schlechtesten — dem Glücksspiel fern hand, daß sie sich ein zurechtendes Urteil darüber nicht zu bilden vermochten, die anderen aber selbst Spieler sind und sich daher nicht berufen glaubten, gerade in dieser Angelegenheit als Ankläger aufzutreten.

Die Seuche hat, zumal seit Kriegsende, einen solchen Umfang angenommen, und es ist darüber schon so viel gesagt worden, daß es überflüssig ist, wieder Zahlen zu nennen. Dennoch gibt es viele, sonst einseitige Persönlichkeiten, die meinen, daß hier kein Miststand vorliegt, der die Allgemeinheit interessiert. Sie sagen: Eine Möglichkeit, Spieler bei der Ausübung ihres Vermögens zu hindern, gibt es nicht, denn sie werden auch bei größter Energie der Behörden immer wieder die Möglichkeit finden, ihren Neigungen zu fröhnen. Andererseits bedürfen Spieler keines Schutzes, denn wer zu dumm oder zu verbroderlich ist, sich in eine Spielhölle zu begeben, hat es mit sich selbst abzumachen, wenn er sich die Finger verbrennt. Man kann denken, die so urteilen, entgegenhalten, daß die Neigung zu Glücksspielen täglich in großem Umfange neue Kreise ergreift und verführt, vor allem jugendliche und Frauen. Ein Blick in den Verfassungsausschuß zeigt ein erschreckendes Bild. Während sie noch vor kurzem über klaren Geschäftswagen zu klagen hatten, werden sie jezt, und zwar vorwiegend von Frauen, belagert, die nicht selten ihr letztes Möbel- und Wäldchens belagern, um neue Mittel zum Spiel anzutreiben. Dem hochgekommenen Spielverderber, der das Volk verdirbt, muß also endlich das Handwerk gelegt werden.

Freilich, der bürokratische und rein schematische Entwurf des Reichsjustizministeriums bedarf starker Verbesserung im Parlament. Und will sich der Reichs-

Fortsetzung bis zu 2000 Mikrometern in der Schmelze gegen 1 Gramm — Gewicht von Mikrometern —

Annahmestrich Erzieher die Gleichheit entstehen lassen, eine Steuerquelle aus erlaubten, funktionierendem Glücksspiel (für ausgewählte Kriegs- und Revolutionssoldaten, an denen nichts mehr zu verdienen ist) zu eröffnen? Jein gegen eins ist gewarnt, daß dabei mehr herauströmt, als bei dem verpöblichten Notopfer und der hanebüchigen Insultentsteuer.

Dr. jur. et. rer. pol. Fritz Auer.

## Des Reichsnotopfers Ende?

Von einem Kammlarier wird uns geschrieben: Da der Reichsnotopfer Erzieher nicht die notwendige Sicherheit dafür bieten kann, daß das Reichsnotopfer von der Gentele nicht beschlagnahmt wird, und auch die wirtschaftlichen Schäden, die sich daraus ergeben, nicht abzuwenden, daß sich die Mehrzahl der Erzieher in Ruhe stellen könnten, ist das Reichsnotopfer überhaupt in Frage gestellt. Die Demokraten hatten bekanntlich erklärt, ihre entwürdigte Stellungnahme bis zur dritten, noch ausstehenden Lesung des Reichsnotopfergesetzes aufzuschieben, und nicht nur aus ihren Reihen, sondern in allen Parteien ist das Mißbehagen über die Steuerpolitik Erzieher's gewachsen. Man glaubt nicht, daß Erzieher's Kuren den Wirtschaftskörper stärken, sondern ihm den Hals zerschneiden. Dieser die Reichsnotopfer Erzieher's Steuerpolitik ist man nicht in der Lage einzuordnen. Die schweren Bedenken gegen das Reichsnotopfer in der vorliegenden Form sind noch verstärkt worden durch die einmütige Forderung der Berliner Handwerker. Deshalb ist der Reichsnotopfer sich zunächst einmal mit den neuen Einkommensverhältnissen und den bereits in Kraft tretenden Steuern zu beschäftigen, bis ein gültiger Vergleich zwischen den beiden, bei den Kammlarierinnen auf gutem Boden gefaßt. Es kann damit versichert werden, daß sie zunächst eine emsige Zusammenkunft über die Wirkung der Erzieher'schen Steuerpläne vorzuziehen. Erzieher's dem Parlament bisher noch nicht vorgelegte, nach dem Reichsnotopfergesetz § 5 bis nach dem Reichsnotopfergesetz § 10. Erzieher's, was er auch die Einkommensverhältnisse man, das Reichsnotopfer wird vor Ende 1920 in Kraft gesetzt werden. Dieser Termin gilt auch für die Inkraftsetzung der anderen Steuern. Erzieher's habe dieses spätere Inkrafttreten der Steuern gewünscht.

## Die deutsche Industrie gegen die planlose Steuerwirtschaft.

Berlin, 11. Dezember. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat in der heutigen Sitzung seines Hauptauschusses eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Der Hauptauschuss des Reichsverbandes der Deutschen Industrie erachtet sich verpflichtet gegen die überciltete und planlose Art, in der die Regierung verfährt, die erforderlichen Steuern des deutschen Volks zu erheben. Die deutsche Industrie ist von der Notwendigkeit anderer Opfer für die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit des Reichs und für die Erfüllung der Friedensbedingungen überzeugt und durchsinnvoll bereit, auch schwere Abgaben von Einkünften und Einkommen zu leisten. Sie muß aber nochmals eindringlich davor warnen, daß diese Abgaben, wie es im Reichsnotopfer und in den daran geknüpften neuen Steuerentwürfen der Fall ist, die ganze deutsche Wirtschaft in ihrer Existenz und die Gesundheit unserer Produktionskräfte unumgänglich gefährden.

Entscheidend für die Produktion der deutschen Industrie gegen das Reichsnotopfer ist aber nicht bloß die Steuerwirkung als vielmehr die Tatsache, daß auch heute noch keine Sicherheit für die Verwirklichung des Ertrages mit den Steuern der Reichsnotopfer besteht. Solange damit verbunden werden muß, daß dieses Ergebnis von den Gewerkschaften als Abhängigkeit auf eine ihrer Höhe nach unbestimmte Entschädigungsforderung in Anspruch genommen wird, kann ein solcher Entschluß in der Situation unserer Produktionskräfte nicht klar genug widersprochen werden.

## Die Münchener Landtagsmorde vor Gericht.

München, 11. Dezember. Am dritten Verhandlungstag wurde wieder eine Reihe von Zeugen vernommen, die das Geschehene der Februar-Größe zum Teil ergänzen. Aus dem ganzen bisherigen Verlauf der Verhandlung — und das ist besonders vom heutigen Tag zu sagen — erhellt sich das Gefühl, daß außer Lindner eine Reihe anderer radikaler Elemente an diesem Morden teilgenommen haben und daß die Sprengung des Landtags eine geplante und vorbereitete Sache war. Zunächst wie Kammiller Dr. Müller hat auch der Münchener Bürgermeister Ewald Schmid ausgesagt. Er bestätigte, daß die Tat und der Mord der sich bei dem Morden beteiligten machte, in die Absicht des Bürgermeisters, die das Reichsnotopfer des Sanitätsrat, der zwar die erste Hilfe leisten sollte, hinderte. Schmidt bezeugt, daß die beiden Angeklagten Ritzsch mehr in den Vordergrund der Verhandlung. Er steht zunächst dringend in dem Verdacht, der Mordtäter hinter dem Mordanschlag des Einnagel zum Mordanschlag gewesen zu sein. Doch vermochte bisher keiner von den Zeugen sich mit voller Bestimmtheit als denjenigen zu bezeichnen. Ein anschauliches Bild der schmerzlichen politischen Atmosphäre jener Tage gab Staatsrat Rämmer. Er berichtete, daß er das Benehmen und die gemeinsamen Auftritte der beiden Mörder von der Seite des Sanitätsrat beobachtet habe. Er erzählte, daß er den Mordanschlag beobachtet habe, daß er die Mörder hinter sich sah, daß er die Mörder hinter sich sah, daß er die Mörder hinter sich sah.

Unter großer Spannung des Publikums wurde dann der Staatsminister Dr. v. Preussendorfer vernommen, der eine vernichtende Kritik an Einers Reorganisation der Regierung und ebenfalls die Verantwortung auf sich nahm, daß auch ohne eine Erhebung der Mordtäter im Verbindungsbereich gesehen waren, da Einers der Mörder Ritzsch und Soldatenrat aufgegriffen hat. Er erklärte, daß Einers ein politisches Kind. Nach einigen weiteren uninteressanten Aussagen wurde nach dem heutigen Verlauf in die Minderzahl der Reichsnotopfer, was Minister Auer einsehend vernommen wurde. Es kamen dabei auch die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zur Sprache.

gen zur Sprache. Das Protokoll darüber wird noch bekannt gegeben werden. — In früherer Abmündung wurden die weiteren Verhandlungen auf morgen früh vertagt.

## Kommunistische Putsch in Tilsit?

Königsberg, 10. Dezember. Die Königsberger Abendblätter lassen sich aus Tilsit melden: Die Tilsiter Kommunisten stehen mit der Gentele in Verbindung. Von ihnen hervorgerufenen Unruhen sollen am 13. Dezember stattfinden. Der Verfallungsrat ist der Hauptbahnhof, die Polizei und ihren Einheiten, die Räte haben, diese Unruhen will die Gentele zum Anstoß nehmen, um die Tilsiter einzumischen zu lassen, worauf Tilsit zu Kämpfen zu schlagen werden soll. Die Kommunisten sind in Stotrupps zu je 300 Mann eingeteilt und gut ausgerüstet.

In diesen Mitteilungen erfährt der „A. A.“ an zukünftiger Stelle, daß eine Auslösung derartiger Pläne, wenn sie stattfinden sollten, nicht zu befürchten ist. Berliner militärische Stellen wollen nachdrücklich darauf hin, daß der Grenzschutz bei Tilsit keine Gefahr ist, um jeden Putsch zu vereiteln.

## Weitere Erhöhung der Eisenbahntarife.

Am 2. Dezember haben im preussischen Eisenbahnamtsrat die Eisenbahntarife beschlossen, deren Aufschlag für das gesamte Reichsgebiet Preußens und Deutschlands von achtzig Prozent sein wird. Die Korrekturen der Eisenbahntarife, wie sie in einem Tarifentwurf formuliert sind, bedeuten für Preußen eine erhebliche Erhöhung der Straftarife um 17 Milliarden Mark jährlich. Viele Lohnverträge, die in diesem Monat abgeschlossen werden, werden einen Nettobetrag von etwa 3 Milliarden Mark im Jahre verurteilen, der nur durch eine Erhöhung der Tarife von 100 Prozent bezahlt werden kann. Die Arbeitervereine erklären, daß sie sich von ihren Forderungen nichts abgeben lassen können.

## Kohlenabkommen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei.

Prag, 11. Dezember. Das neue Kohlenabkommen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei ist unterzeichnet worden. Es läuft vom 1. Dezember 1919 bis 31. Mai 1920. Ingesamt hat die Tschechoslowakei 260 000 Tonnen Braunkohlen monatlich an Deutschland zu liefern, wofür diese monatlich 15 000 Tonnen oberirdische Kohlen abzugeben hat. Deutschland hat von allen diesen Kohlen 80 000 Tonnen monatlich in seinen eigenen Wagen zu befördern.

## Nicht angezeigtes Vermögen verfällt dem Reich.

Der Steuerzuschuß der Nationalversammlung nahm am Donnerstag zu dem Antrag Erzieher's über Steuererhöhung noch einen weiteren Anlauf an, in dem es u. a. heißt: Vermögen, das nach dem Inkrafttreten der Reichsabgabenordnung bei der Veranlagung zur Kriegsabgabe oder Vermögensabgabe nicht angegeben wird, verfällt zugunsten des Reichs.

## Die russische Friedensaktion.

Berlin, 12. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir von uninteressierten Seite erfahren, verfolgt die deutsche Regierung mit starkem Interesse die Vorberathungen zur Einleitung der Friedensaktion der Bolschewisten mit den Entente-Ländern. Man hat bisher den Eindruck gewonnen, daß die Friedensbestrebungen Sowjet-Russlands durch England einige Unterstützung finden. Es besteht sehr große Wahrscheinlichkeit für die Annahme, daß England sogar der Sowjetregierung Unterstützung für ihre Friedensaktion gegeben hat. Trotzdem steht die Reichsregierung den Sowjetrussen und der von ihnen angestrebten Friedensaktion ziemlich feindselig gegenüber. Sollte es in diesem unerwarteten Wege doch zu allgemeinen Friedensverhandlungen mit den Bolschewisten kommen, so würde Deutschland selbstverständlich seine Interessen daran haben. Es ist einerseits von diesen Friedensverhandlungen fernzuhalten.

## Deutsches Reich.

### Sicherstellung der Volksernährung.

Die wirtschaftlichen Verbände in der Landwirtschaft haben in diesen Tagen mit den Vertretern des Getreidehandels, des Kartoffelhandels, des Zuckerhandels und des Deutschen Viehhandelsverbandes beraten, um der Regierung und den politischen Parteien Vorschläge zu machen, welche die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln für die Zukunft einigermaßen sichern können. Die Vertreter dieser Organisationen kamen zu dem Entschluß, daß von einem vorläufigen Abbau der Brotgetreideversorgung und der Milchversorgung abzusehen sei, daß aber alle übrigen Nahrungsmittel baldmöglichst freigegeben werden müssen. Eine einseitige Verengung dieser Vorschläge wird sowohl dem Reichswirtschaftsminister, wie auch den Fraktionen des Reichstags und der Landtage zugehen.

### Genehmigung des Abg. Dr. Friedberg.

Gheimrat Axel Dr. Friedberg, der Korrespondent der Preussischen Landesparlamentarier hat sich von dem Unfall, den er vor kurzem erlitten hatte, erholender vollständig erholt. Er ist am Mittwoch zum erstenmal im Abgeordnetenhause wieder erschienen und hat seine Arbeiten in vollem Umfang aufgenommen.

## Kunst und Wissenschaft.

Öffentliche Universitätsbibliothek. Von allgemeinem Interesse sind die Verhandlungen, die gegenwärtig die Kaiserliche Universitätsbibliothek mit dem Allgemeinen Studentenausschuß führt und die eine finanzielle Sicherung des Institutes erheben. Der Schriftleiter der Universitätsbibliothek macht dem Ausschuß den Vorschlag, die Studentenschaft dadurch für alle Studentenpflichtig zu machen, daß der Beitrag für die

Bibliothek mit dem Studentenlohnbeitrag als Teilbeitrag erhoben würde, wodurch ein fester Bestandteil gewonnen wäre und damit eine finanzielle Kräftigung des Institutes. Die erhöhte Bibliothekskostenfrage wird bestritten auf das Interessengleichgewicht, was weiter die Möglichkeit eines Ausbaus des Institutes im Gefolge habe. Der auf den Studenten ausgedehnte Zwang, sich um sein Recht zu kümmern, ist insofern gerechtfertigt, als die Universitätsbibliothek in immer höherem Maße die besten wissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Interessen widerspiegelt. Das Beste aus dem Bestand der Kaiserlichen Allgemeinen Studentenausschuß hat eine eingehende Prüfung dieses Vorschlags zu veranlassen.

## Gerichtsverhandlungen.

### Schwurgericht.

Vorbericht von der Anklage auf versäuferten Totschlag. In der am Donnerstag von dem Landgerichtsdirektor geleiteten Schwurgerichtsverhandlung wurden folgende Geschworenen ausgelost. (Vorsteher Franz Gelske (Obmann) (Halle), Vorsitzender Karl Gelske (Jörbin), Gutachter Emil Kroschke (Kronberg), Rechtsmeister Franz Hoffmann (Halle), Brauereibesitzer Hugo Andros (Halle), Rechtsmeister Ernst Ginde (Halle), Kaufmann Willi Krause (Merseburg), Kaufmann Fritz Hofmeister (Halle), Gutachter Max Köster (Hedersleben), Richtermeister Gustav Gilder (Halle), Gutachter Otto Gilder (Halle), Gutachter Gilder (Halle), Gutachter Karl Gilder (Halle). Die Anklage wurde durch Herr Staatsanwalt Richter erlegt, während dem Angeklagten Herr Juristat Gerner in die Verteidigung trat.

Am Donnerstag fand die Verhandlung gegen den Maschinenführer Gustav Kurzhals, geboren 1889, wegen Scherenschnitts und Tötung des Totschlags statt. Der schon vorbestrafte Angeklagte soll am 13. April eine Dolkone mit 6-8 Liter Brennöl von den Leinwandern gestohlen haben. Er selbst hat aus, daß er das Öl an einem Unbekannten gegen 10 Pfund Mehl und 50 Pfund Kartoffeln eingetauscht habe. Einen Monat später wurden auf dem Wert drei Kanthaken gestohlen. Der Angeklagte wurde von einem Advokaten man beauftragt, was er über den Raub des Wertes sagte. Er versuchte ihn, stellte ihn zur Rede und kam mit ihm ins Handgemein. Schließlich zog Kurzhals einen Revolver und gab drei Schüsse auf den Mann ab, ohne ihn jedoch zu treffen. Der Angeklagte meint, es wäre nur Scherenschnitt gewesen. Als hierauf noch andere Zeugen hinzukamen, wurde Scherenschnitt gemacht und man fand in ihm die drei gestohlenen Kanthaken, die er für 60 Mark von einem Metzger gekauft haben will. Der Angeklagte, Fleischmacher Hecker behauptet, daß der Revolver zu ihm sei, um einen Menschen damit zu töten. Die Geschworenen bestimmten sämtliche Schuldfragen, worauf der Angeklagte freigesprochen wurde.

## Provinzial-Nachrichten.

× Salza, 12. Dez. (Bei der hiesigen Treibland) im westlichen Teil der Dölauer Heide wurden 39 Hahn und 2 Hühner erlegt.

× Walleck, 11. Dez. (Landwirtschaftliche Kreisbauernvereinsgemeinschaft). — (Werra.) In der heutigen Sitzung der Landwirtschaftlichen Kreisbauernvereinsgemeinschaft für den Kreis Walleck (Arbeitsgemeinschaft) wurde beschlossen, den Tarif vom 10. März über den 31. Dezember hinaus bis zum 31. März nächsten Jahres zu verlängern mit der Maßgabe, daß die im Tarif festgesetzten Beiträge durchweg um 15 Prozent erhöht werden. Den landwirtschaftlichen Arbeitgebern soll dringend ans Herz gelegt werden, der schwierigen wirtschaftlichen Lage ihrer Arbeitnehmer durch Ermäßigung einer angemessenen Sondervergütung zu entgegenstehender Rechnung zu tragen. — Ein angeklagt auf Station Meißelstedt belandener und mit zwei Vorläufigen verurteilter Arbeiter sollte für eine hiesige Firma 200 Zentner Erbsen bringen. Der Arbeiter legte der Firma einen Druckbrief vor, worauf er einen Sack über 40 000 Mark erhielt. Als der Wagen in Halle eintraf und geöffnet wurde, fand man ihn leer. Auf Veranlassung der gestellten Firma wurde der Arbeiter, der Händler Junke, in Walleck verhaftet.

× Gernsdorf, 12. Dez. (Wenn das nicht blüht!) Anholer der außerordentlich mannhaften Belieferung der Dörfer mit Kohlen, behielt der Gemeinderat, den Gasverbrauch für Kohlen zu beschließen. Da man sich auf eine schließliche Unterbrechung der Kohlenabnahme seinen Erfolg versprochen hat, bestimmt daß alle Einkommenssteuern für Kohlen waßert werden.

× Nordhausen, 12. Dezember. (Einem raffinierten Schwindlerpaar) ist eine hübsche gelegene Zimmerei zu einem Opfer geblieben. Drei erlauchte Männer mit Wasser hatten sich hierher zu ziehen, der Schwindler paarmann und der Kaufmann Kaufmann an die Zimmerei, die er in Nordhausen. Den Kaufmann im Betrags von 20 000 Mark zu schicken, sie sich durch einen Druckbrief. Die Strafmahnung zu Manheim verurteilte hübsche Arbeiter zu fünf Jahren Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe.

× Kassel, 12. Dezember. (Kommunalisierung der Apotheken.) Der hiesige Staatsrat hat zur Einleitung der kommunalen Kommunalisierung der Apotheken den bisherigen Ministerpräsidenten in Meißelstadt in eine selbständige Apotheke angewandt und die Gewinne zur Verbesserung übergeben, also nicht an einen Apotheker, sondern an den Staat.

× Kassel, 12. Dezember. (Vorsicht!) Der Minister für die Wasser- und Schiffbauverwaltung hat die Kassel-Kanal, die jetzt für die Elbe bis zum Anstich an der Bahn: die geplante Fortführung des Mittelschiffverkehrs aufzunehmen sollen, werden am 21. Dezember und der Kanal, der jetzt 2 Meter Tiefe und 26 Meter Weite hat, wird künftig 3 1/2 Meter tief und 24 Meter breit sein, ähnlich liegen die Verhältnisse im Kassel-Kanal. Dieser Bericht gibt man in großer Linie auf Welle ein neues Bild.

× Altdorf, 10. Dezember. (Nebelhafte Hofpreise) erzielte die Gemeinde Heiligen neben Wäldchen bei Weiningen, die reichte in S. Weiningen. Während vor dem Krieg höchstens vier bis fünf Hektar ihre Preise auf den Markt einbrachten, sind heute in den ersten Monaten über fünfzig Hektar für die Gemeinde für das genannte Hof haben, seien zum diesjährigen Vergebungstermin auf den Einschnitt des Rechnungslabres 1920 in Aussicht genommen, an denen das niedrige auf 1200 Mark, die höchste auf 1800 Mark, die 30 Hektar teure. Das bedeutet für die Gemeindekasse, daß der Anteil auf 200 Hektar Einkommen zu rechnen kann, eine Einnahme